

Polizeieinsätze mit psychisch erkrankten Menschen

Eine explorative, qualitativ-empirische Interviewstudie

Abstract zur Masterarbeit
von Simone Agnes Efke

Psychische Erkrankungen sind in der heutigen Gesellschaft nach wie vor mit einem großen Stigma behaftet und Medienberichte häufig von Stereotypen über eine hohe Gewalttätigkeit und Gefährlichkeit geprägt. Einsätze mit psychisch erkrankten Personen stellen einen wesentlichen Anteil der polizeilichen Tätigkeit dar und sind mit besonderen Anforderungen an die Beamten verbunden. Die Anwendung von Zwang im Rahmen solcher Einsätze sollte aufgrund der Vulnerabilität der betroffenen Personen besonders reflektiert werden, was jedoch anders als unter psychiatrischen Professionellen in Polizeikreisen bislang wenig geschieht. Bisherige Forschungsergebnisse lassen jedoch darauf schließen, dass Polizeibeamte hinsichtlich des Umgangs mit psychisch erkrankten Personen nicht ausreichend ausgebildet werden, was ein besonnenes und vorurteilsfreies Vorgehen in eskalativen Situationen zusätzlich erschwert und im Zweifelsfall für die betroffenen Personen lebensbedrohlich enden kann.

Um neben der Sicht von Polizeibeamten noch eine zusätzliche Berufsgruppe zu involvieren, die häufig in entsprechende Einsätze verwickelt ist, wurden für die vorliegende Masterarbeit Mitarbeiter einer psychiatrischen Klinik befragt. Diese sind nicht nur Experten für den Umgang mit psychisch erkrankten Personen, sondern zudem sensibilisiert für die Anwendung von Zwangsmaßnahmen. Ziel der Arbeit war es dabei, aus diesen Schilderungen, sowie ergänzenden Interviews mit Polizeibeamten, sowohl mögliche Chancen als auch Defizite bei Polizeieinsätzen mit psychisch erkrankten Personen herauszuarbeiten und konkrete Verbesserungsmöglichkeiten abzuleiten.

So zeigte sich der Bedarf einer stärkeren Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen unter den Polizeibeamten einschließlich der Vermittlung von ausreichend Fachwissen sowie einer Reflektion des Umgangs mit Macht und Autorität. Bei der Anwendung von Zwang wurde deutlich, dass die konkrete Art und Weise der Zwangsanwendung im Sinne der Verfahrensgerechtigkeit auch den weiteren Verlauf des Falles und die Verarbeitung durch den Betroffenen beeinflussen kann. Aber auch die Zusammenarbeit und das Verhältnis von Polizei und Psychiatrie ließ auf beiden Seiten Verbesserungsbedarf erkennen, vor allem hinsichtlich Kommunikation und gegenseitigem Verständnis.